

Beurteilende Dienststelle

## Gesonderte Leistungsfeststellung

für ..... geb. am .....  
 (Amtsbezeichnung) (Vor- und Zuname)

Schwerbehinderung oder Gleichstellung:  nein  ja, Grad der Behinderung: .....

Beurteilungszeitraum: von ..... bis .....

Fachlaufbahn: .....

fachlicher Schwerpunkt, soweit gebildet: .....

### 1. Tätigkeitsgebiet und Aufgaben im Beurteilungszeitraum

Dauer von ... bis ... (teilzeitbeschäftigt von ... bis ... / Arbeitsanteil)	Dienststelle	Art der Tätigkeit Beschreibung des Aufgabengebiets

### 2. Fachliche Leistung

<ul style="list-style-type: none"> <li>– Quantität</li> <li>– Qualität</li> <li>– Serviceorientierung</li> <li>– Zusammenarbeit mit Kollegen und Vorgesetzten</li> <li>– Führungserfolg (nur bei Führungskräften)</li> </ul>	Bewertung
--	-----------

**3. Ergänzende Bemerkungen, soweit erforderlich**

**4. Die Mindestanforderungen im Sinne des Art. 30 Abs. 3 Satz 1 BayBesG werden erfüllt.<sup>1</sup>**

ja       nein<sup>2</sup>

**5. Dauerhaft herausragende Leistungen gemäß Art. 66 Abs. 1 Satz 1 bzw. 4 BayBesG**

werden festgestellt.

**Dienststelle**

**Beurteiler/Beurteilerin**

.....  
(Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname)

....., den .....

(Ort, Datum)

.....  
(Unterschrift des Beurteilers/der Beurteilerin)

<sup>1</sup> Bei schwerbehinderten oder gleichgestellten behinderten Beamten und Beamtinnen ist die Feststellung nach Nr. 4 unter Berücksichtigung des Nachteilsausgleichs für behinderungsbedingte quantitative Leistungsminderungen (Nr. 1.3.3 der Richtlinien) zu treffen.

<sup>2</sup> Falls der Beamte bzw. die Beamtin die an das Amt gestellten Mindestanforderungen nicht erfüllt, ist dies in einer gesonderten Mitteilung schriftlich zu begründen. In der Mitteilung ist auch der Zeitpunkt anzugeben, ab dem der Stufenstopp wirkt (vgl. dazu Abschnitt 5 VV-Beamtr bzw. Nr. 30.3 BayVwVbes zu Art. 30).

---

**Stellungnahme des/der unmittelbaren Vorgesetzten:**

.....  
(Amtsbezeichnung)

.....  
(Vor- und Zuname)

- ohne Einwendungen
- Einwendungen, Begründung (ggf. auf gesondertem Blatt)

.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....

....., den .....  
(Ort, Datum)

.....  
(Unterschrift des/der Vorgesetzten)

---

**Gemäß Art. 61 Abs. 1 Satz 1 LlbG eröffnet erhalten:**

....., den .....  
(Ort, Datum)

.....  
(Unterschrift des beurteilten Beamten/der beurteilten Beamtin)

---

**Einverstanden / geändert  
(Art. 60 Abs. 2 LlbG):**

....., den .....  
(Ort, Datum)

.....  
(Dienststelle)

.....  
(Unterschrift)

---

**Gemäß Art. 61 Abs. 1 Satz 5 LlbG nochmals eröffnet erhalten:**

....., den .....  
(Ort, Datum)

.....  
(Unterschrift des beurteilten Beamten/der beurteilten Beamtin)